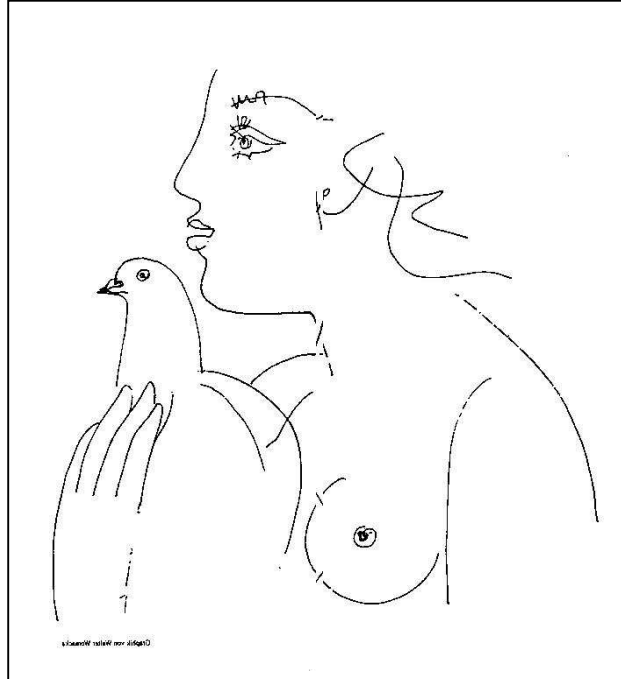


**Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.**

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 156



## **Der 9. November 1989 – Geschichte, Verlauf und Folgen**

von

**Egon Krenz**

Vortrag zum 25. Jubiläum der Grenzöffnung am 9. November 1989  
in Groningen am 3. November 2014

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Meine Damen und Herren,

ein Blick in Ihre Gesichter verrät mir, dass Vertreter einer neuen Generation vor mir sitzen. Für Sie ist die Zeit, über die ich heute sprechen soll, wahrscheinlich schon genauso weit entfernt wie Ereignisse vergangener Jahrhunderte. Dennoch: 1989 ist immer wieder präsent. Nicht nur zu Jahrestagen. Was sich in den Jahren von 1989 bis zum Untergang der UdSSR 1991 in Europa ereignete, hat Folgen hinterlassen, bis in die Gegenwart hinein. Als damals Mauern fielen, war dies für viele Menschen mit der Hoffnung verbunden, dass keine neuen errichtet werden. Davon sind wir aber in der Welt- und Europapolitik weit entfernt. Mir scheint, die zurückliegenden Jahre wurden schlecht genutzt, um aus der Zeit der Zweiteilung Europas für die Gestaltung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu lernen.

Am Abend des 9. November 1989 flossen beiderseits der geöffneten Grenzübergänge in Berlin und ab dem 10. November auch an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten Tränen der Freude und Sekt.

Dass es kein Blut war, nennen manche noch heute ein Wunder. Die „Berliner Mauer“ galt ja im Westen als das Symbol des Kalten Krieges schlechthin.

Die Grenze quer durch Deutschland war militärisch gesichert wie keine zweite auf der Welt. Von beiden Seiten! Sie war Teil jener Trennlinie, die von der Ostsee im Norden bis an das Schwarze Meer im Süden die Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag voneinander fern hielt. Sie war zudem System- und Wirtschaftsgrenze. Sie war Metapher für die Zweiteilung Europas.

An dieser Grenze wurde mitentschieden, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. Spätestens seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO 1955 und der darauf folgenden Gründung des Warschauer Vertrages war dies keine „innerdeutsche Grenze“ mehr, sondern die Außengrenze der Staaten des Warschauer Vertrages. Schon 1952 wurde sie - in Folge der Ablehnung der sogenannten Stalinnote zur deutschen Einheit durch die Westmächte - die erste strategische Verteidigungslinie der sowjetischen Armee in Europa.

An dieser Grenze und in der Tiefe des jeweiligen Hinterlandes waren Soldaten und Waffen stationiert, die ausgereicht hätten, dass sich beide Systeme gegenseitig hätten vernichten können. Ich nenne dafür folgende Zahlen:

Ende der 80er Jahre waren auf der BRD-Seite 900 000 NATO-Soldaten, 194 Raketenstartrampen, 4 100 Artilleriesysteme, 7 800 Panzer und Selbstfahrlafetten und 1 600 Kampfflugzeuge stationiert. Auf DDR-Seite waren es zusammen mit dem sowjetischen Bündnispartner 770 000 Soldaten, 236 Raketenstartrampen, 6 300 Artilleriesysteme, 11 300 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 1 050 Kampfflugzeuge.

Die DDR war im Osten das Hauptaufmarschgebiet der Warschauer Militärkoalition und die BRD im Westen das der NATO. Der langjährige Botschafter der Sowjetunion in der DDR, P.A. Abrassimow, hat zu Protokoll gegeben, dass sich auf dem Territorium der DDR sowjetische „Kernwaffen und andere modernste Waffenarten befanden, die in unmittelbarer Nähe zur Grenze stationiert waren.“<sup>1</sup> Sie sind seit mehr als zwei Jahrzehnten verschwunden, obwohl US-amerikanische Atomwaffen noch heute in Deutschland lagern.

Dass angesichts der militärischen Fakten und der Feindbilder, die in 45 Nachkriegsjahren auf beiden Seiten entstanden waren, der 9. November 1989 friedlich verlief, hat weniger mit einem Wunder zu tun als damit, dass das Ideal des Friedens in der DDR Staatsdoktrin war. Dies lag durchaus nicht in deutschen Traditionen.

Siebzig Jahre zuvor, Ende 1918/Anfang 1919, gab es in Deutschland den sozialdemokratischen Politiker Noske, der das Schießen Deutscher auf Deutsche befohlen hatte und von sich selbst sagte: „Einer muss der Bluthund sein.“<sup>2</sup>

Niemand unter den politisch und militärisch Verantwortlichen der DDR wäre 1989 auf die Idee gekommen, es ihm gleich zu tun. Es

---

1 Vergleiche: Brief von P.A. Abrassimow vom 17. Oktober 1995 an Egon Krenz, veröffentlicht in Egon Krenz, *Widerworte*, Verlag edition ost, Berlin, 2006, Seite 208-209.

2 Gustav Noske, \* 9. Juli 1868 in [Brandenburg an der Havel](#); † 30. November 1946 in [Hannover](#) war der erste [sozialdemokratische](#) Minister mit der Zuständigkeit für das Militär in der deutschen Geschichte überhaupt.

war unser erklärtes Ziel: Politisch entstandene Konflikte dürfen nicht durch Gewalt, schon gar nicht durch militärische, gelöst werden.

Wenn schon von Wundern die Rede sein soll, dann hat das Wunder konkrete Namen. Es waren die Schutz und Sicherheitsorgane der DDR, die an jenem 9. November vor 25 Jahren die Friedfertigkeit garantierten. Sie sind die eigentlichen Helden dieses Ereignisses. Ihr Handeln gehört zum politischen Erbe der DDR, die sich ohne Blutvergießen aus der Geschichte verabschiedet hat, was viel über ihr Wesen aussagt.

Der 9. November 1989 hat seine Geschichte. Sie ist widersprüchlich. Sie wird unterschiedlich interpretiert, je nachdem, in welchem politischen oder weltanschaulichen Lager man steht. Geschichtsinterpretation ist ja bekanntlich immer interessengebunden. Dennoch: Fakten sollten aber Fakten bleiben und nicht durch Ideologie ersetzt werden. Ich werde versuchen, mich an Tatsachen zu halten, die ich entweder erlebt oder aus mir zugänglichen Akten entnommen habe:

### **1. Der 13. August 1961**

Die DDR verstand sich als souveräner Staat, der eng mit der UdSSR verbunden war und dem Warschauer Vertrag angehörte. Sie war sich bewusst, dass ein Staat, der zu einem Militärbündnis gehört, wichtige Souveränitätsrechte an das Bündnis abtritt. Das war früher so und das ist wohl bis heute so geblieben. Das hat auch Bundesminister Wolfgang Schäuble auf einem Treffen mit Bankiers im Juni 2012 eingestanden, als er sagte „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“<sup>3</sup>

Man sagte bei uns scherzhaft, unser Land sei die größte DDR der Welt. Doch trotz dieses Selbstbewusstseins wollte und konnte sie nicht im *Alleingang* weltpolitische Entscheidungen wie die vom 13. August 1961 treffen.

Die Sektorengrenzen in Berlin waren von den Alliierten des Zweiten Weltkrieges schon 1945 festgelegt worden. Erst 16 Jahre nach Kriegsende und 12 Jahre nach Gründung der DDR wurden sie mili-

---

<sup>3</sup> Handelsblatt vom 01. 06. 2012.

tärisch gesichert. Was sich am 13. August 1961 vollzog war eine kollektive Entscheidung eines Gipfeltreffens der Warschauer Vertragsstaaten, das vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau stattfand. Zur Erinnerung: Damals hieß es im Westen, die DDR sei ein „Satellitenstaat“, ein „Agent des Kreml“, ein „verlängerter Arm Moskaus“. In der alten BRD gab es die sogenannte Hallsteindoktrin, nach der die DDR hätte gar nicht existieren dürfen.

Heute dagegen suggerieren manche Politiker und Medien den Eindruck, als sei allein die DDR für alles Ungemach des Kalten Krieges zuständig gewesen. Ausdruck findet das unter anderem auch in der absurden Behauptung, Ulbricht habe Chruschtschow zum Mauerbau gezwungen.

Belegt dagegen ist: Als der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin (West) Willy Brandt sich bei dem amerikanischen Präsidenten Kennedy über die Grenzsicherungsmaßnahmen in Berlin beschwerte, antwortete Kennedy ihm, die Schließung der Grenze „zeigt eine grundsätzliche sowjetische Entscheidung, die nur Krieg verändern könne.“<sup>4</sup> Überliefert ist ferner, dass Kennedy den Mauerbau mit den Worten kommentierte: „Das ist keine sehr schöne Lösung, aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg.“

Wie Recht er damit hatte, zeigt ein Datum, an das leider kaum noch erinnert wird:

Ich meine den 27. Oktober 1961. Es gibt ein Foto davon, wie in der Berliner Friedrichstraße, dem sogenannten Checkpoint Charlie, sich sowjetische und amerikanische Panzer gegenüberstehen. Mit laufenden Motoren. Ihre Besatzungen konnten sich auf ca. 100 Meter Entfernung gegenseitig in die Rohre blicken. Die westliche Seite befehligte US-Weltkriegsgeneral Clay und die östliche der kriegserfahrene sowjetische Marschall Konjew. Beide standen in direkter Verbindung mit ihren jeweiligen Oberkommandierenden, dem amerikanischen Präsidenten bzw. dem sowjetischen Regierungs-

---

<sup>4</sup> Vergleiche: Aussage von Professor Egon Bahr, Bundesminister a.D., vor dem Landgericht Berlin am 15. Mai 1997.

chef. Chruschtschow sagte wenige Tage später: Nur ein weißer Grenzstrich trennte die Welt von einem Dritten Weltkrieg.

Am 13. August 1961 haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Berlin faktisch ihre Interessenssphären zementiert. Man kann auch höflicher sagen: Es handelte sich um einen historischen Kompromiss zwischen den Westmächten und der UdSSR. Kein Zufall also, dass ausgerechnet am Tag des Mauerbaus Kennedy segelte, de Gaulle sich auf seinem Landsitz befand, Macmillian auf Jagd war, Adenauer nicht seinen Wahlkampf unterbrach und alle es unterlassen hatten, Chruschtschow und Ulbricht daran zu hindern, die Grenzsicherungsanlagen errichten zu lassen.

Ein Krieg um Berlin war ihnen ein zu hoher Preis. Jahre später, im September 1988, wird auch Willy Brandt, nun als Ehrenvorsitzender der SPD, den 13. August 1961 als ein „Datum der Erleichterung“<sup>5</sup> für die Westmächte bezeichnen.

Leider hat es an dieser Grenze auch Opfer gegeben. Jeder Tote oder Verletzte an der Grenze war einer zu viel. Das DDR-Staatsoberhaupt Walter Ulbricht hat dazu schon 1964 Stellung genommen. Der damalige BBC Korrespondent Paul Oestreicher hatte ihn gefragt: „ Sind Schüsse an der Mauer nicht ein viel zu hoher Preis?“. Ulbricht antwortete darauf: „ Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Klassenfeind die beste Propagandawaffe. ... den Frieden aufs Spiel zu setzen, würde aber unendlich mehr Leben kosten.“<sup>6</sup>

Der Ruf „Die Mauer muss weg“ stammt nicht aus jener Zeit. Er kam erst Ende der achtziger Jahre auf. Vorher war er bei der Mehrheit der Bevölkerung keineswegs konsensfähig. Das hing auch damit zusammen, dass damals nach Meinung vieler Ostberliner das eigentliche Datum des Mauerbaus der 20. Juni 1948, der Tag der Einführung einer separaten Währung in Berlin (West) war. Berlin war seit der Währungsreform eine Stadt mit zwei verschiedenen Währungen, der konvertierbaren Deutschen Mark und der nichtkonvertierbaren alten Reichsmark bez. später der Mark der DDR. Dies war

---

5 Vortrag von Willy Brandt am 10. September 1988 in Westberlin.

6 Vergleiche: Berliner Zeitung, „Im Schützengraben raucht man nicht“, 24. Oktober 2009, Textarchiv.

zum Vorteil der West- und zum Nachteil der Ostberliner. Der Feti- sch D-Mark, in Westberliner Wechselstuben zu einem spekulativen Kurs in DDR-Währung eintauschbar, hatte 1961 zu einer Blüte des Schwarzmarktes an DDR-Arbeitskräften geführt. 65 000 Grenzgän- ger, die im Westberlin arbeiteten und in Ostberlin wohnten und dort konsumierten ohne dafür dort etwas geleistet zu haben, waren offiziell registriert. Über 100 000 waren es in Wirklichkeit. Abwer- bungen von Fachleuten waren an der Tagesordnung. Hohe Qualifi- kation zum Nulltarif über die Grenze. Das konnte die DDR mit ih- ren ungleich höheren Kriegsbelastungen im Vergleich zur BRD nicht länger verkraften. Der Schaden, der der DDR durch die offene Grenze zugefügt wurde, beläuft sich auf einen Betrag, der von un- abhängigen Gutachtern zwischen 100 und 130 Milliarden DM bezif- fert wird, gerechnet nach Preisen des Jahres 1961. Das entspricht ungefähr der Summe, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg an Reparationen gegenüber den Siegermächten aufzubringen hatte. Viele Menschen in der DDR zogen diese Fakten ins Kalkül, wenn sie über die Mauer sprachen. Ihr Einverständnis mit Bemühungen der DDR, einen Ausverkauf des Landes zu verhindern, war größer als heute gemeinhin anerkannt wird. Daher gab es - von Ausnah- men abgesehen - bis 1989 auch keine landesweiten Proteste gegen die Grenzsicherungsmaßnahmen.

## **2. Berlin (Ost) und Berlin (West) in den 70er und 80er Jahren**

Zehn Jahre nach dem Mauerbau einigten sich 1971 die vier Siege- mächte auf ein Abkommen, Doch selbst die Bezeichnung dieses Abkommens war strittig. In der Bundesrepublik wurde es „Vier- mächteabkommen“ genannt; in der DDR „Vierseitiges Abkom- men“. Das kleine russische Wort „СВЯЗИ» wurde sogar zum Zank- apfel der Politiker in beiden deutschen Staaten. In der DDR wurde es korrekt als „Verbindungen“ ins Deutsche übersetzt, womit die Verkehrswege von und nach Berlin (West) gemeint waren. Die BRD übersetzte es als „Bindungen“ und leitete daraus ihre Rechte für Berlin (West) ab, die sie nach DDR-Meinung nicht hatte, da West- berlin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland war.

Ob das politische Barometer zwischen Ost und West auf Spannung oder Entspannung stand, entschied sich oft in Berlin. Als beispiels-

weise Bundeskanzler Kohl Gorbatschow mit dem Kriegsverbrecher Goebbels verglichen hatte, erwartete die Sowjetunion als Signatarmacht des oben genannten Abkommens von der DDR, alle für Westberlin geplanten Projekte zum 750 jährigen Bestehen von Berlin auf Eis zulegen. Darunter auch bereits vereinbarte Zugeständnisse im Reiseverkehr, im Kulturaustausch und in humanitären Angelegenheiten. Die sowjetische Seite betrachtete das Fehlverhalten des Bundeskanzlers zu Recht als Beleidigung nicht nur des Generalsekretärs Gorbatschow, sondern des sowjetischen Volkes, das im Kampf gegen den Faschismus über 28 Millionen Opfer zu beklagen hatte. Angesichts dieser Sachlage solidarisierte sich die DDR mit Gorbatschow.

Ich komme auf das Problem der vier Mächte in Berlin an anderer Stelle noch einmal zurück, weil es am Morgen des 10. November 1989 bei der Beurteilung der Grenzöffnung durch Moskau eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

Zwischen 1985 und 1989 nahmen die internationalen Auseinandersetzungen um die Mauer an Schärfe zu. Am 16. April 1985 besuchte Gorbatschow das Brandenburger Tor. Dieser Besuch gewann an Bedeutung, weil er – wie seine Vorgänger auch – zugleich der „Oberste Befehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages“ war. Nachdem er sich über die Grenzsicherungsanlagen informiert hatte, schrieb er bewegt in das Gästebuch des Stadtkommandanten von Berlin: „Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen..... Ewiges Andenken an die Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.“

Soweit von mir unkommentiert die Bewertung der Grenzsicherungsanlagen in Berlin durch Generalsekretär Gorbatschow.

Auch US-Präsident Reagan kam ans Brandenburger Tor. Dies war am 12. Juni 1987. Er wandte sich damals nicht an Honecker oder die DDR-Regierung. Ihm war bewusst, wer letztlich über diese Grenze



entscheidet. Mit dem ihm eigenen Pathos rief er aus: „ Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor, ...Reißen Sie die Mauer nieder!“

Dies wurde von der sowjetischen Regierung scharf zurückgewiesen. Als Bundespräsident von Weizäcker in Moskau Gast von Gorbatschow war, hatte der KPdSU Generalsekretär ihm gesagt, Jalta und Potsdam<sup>7</sup> würden nicht revidiert werden. In einem vertraulichen Papier hatte Gorbatschow die DDR-Führung wissen lassen, dass er dem Bundespräsidenten in aller Schärfe gesagt habe, die „deutsche Zweiteilung und die Berliner Mauer seien historische Tatsachen und kein Verhandlungsgegenstand“.

Allerdige verschwieg Gorbatschow in seiner Mitteilung an Honecker, dass er zum Bundespräsidenten auch gesagt hatte: „Was in 100 Jahren sein wird, entscheidet die Geschichte.“ Wir erfuhren dies erst aus bundesdeutschen Medien. Das weckte Misstrauen bei Erich Honecker, weil er darin ein Anzeichen dafür sah, dass Moskau - das 1971 darauf bestanden hatte, dass die DDR die deutsche Frage für abgeschlossen erklärt - sie nun wieder für offen hält. Honeckers Argwohn wurde durch ein Fernsehinterview verstärkt, das der sowjetische Außenminister Schewardnadse im Januar 1989 am Rande des KSZE Abschlusstreffens in Wien gab. Auf die Frage eines Reporters, was aus der Berliner Mauer werden solle, antwortete er: »Da müssen Sie Fischer<sup>8</sup> fragen. « Lächelnd fügte er hinzu: »Und

---

7 Die **Konferenz von Jalta** (auch: *Krim-Konferenz*) war ein Treffen der Staatschefs [Franklin D. Roosevelt \(USA\)](#), [Winston Churchill \(Vereinigtes Königreich\)](#) und [Josef Stalin \(UdSSR\)](#) im auf der [Krim](#) gelegenen Badeort [Jalta](#) vom 4. bis zum 11. Februar 1945. Es war das zweite von insgesamt drei alliierten Gipfeltreffen der „Großen Drei“ während des [Zweiten Weltkriegs](#). Themen der Konferenz waren vor allem der Umgang mit Deutschland und die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Krieges. Das **Potsdamer Abkommen** war das Ergebnis der *Potsdamer Konferenz* nach Ende des [Zweiten Weltkrieges](#) in [Europa](#). Auf der Konferenz wurden unter anderem die politische und geografische Neuordnung [Deutschlands](#), seine Entmilitarisierung, die von Deutschland zu entrichtenden [Reparationen](#) und der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern verhandelt und am 2. August 1945 festgeschrieben. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Ebenso wurden die Sektorengrenzen in der Hauptstadt Berlin gezogen.

8 Oskar Fischer, Außenminister der DDR. Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der BRD.

natürlich Genscher. «<sup>9</sup> Hatte sich Chruschtschow in seinen Erinnerungen noch dazu bekannt, selbst den Befehl zum Mauerbau gegeben zu haben, wollte Schewardnadse die Verantwortung nun der DDR und ein bisschen auch der BRD zuschieben. Am 12. Juni 1989 korrigierte Gorbatschow während seines Staatsbesuch in Bonn seinen Außenminister mit den Worten des für die Grenze Kompetenten: „Die Mauer kann wieder verschwinden, wenn die Voraussetzungen entfallen, die sie hervorgebracht haben.“ Ähnlich hatte es Honecker zu Jahresbeginn auch gesagt. Die Einheit der Auffassungen zur Berliner Mauer zwischen Gorbatschow und Honecker waren also noch im Sommer 1989 identisch.

Am 7. und 8. Juli 1989 fand eine Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses in Bukarest statt. Dies war das höchste politische Gremium der Staaten des Warschauer Vertrages. Es tagte in einer politischen Ausnahmesituation. Krisen in Staaten der Gemeinschaft gab es in regelmäßigen Abständen: DDR 1953, Ungarn 1956; Polen 1956, 1970 und 1980, Tschechoslowakei 1968. Es waren in der Regel Krisen in einem oder in einigen Ländern, nie aber war die sozialistische Gemeinschaft als Ganzes betroffen. 1989 erlebte ich in Bukarest zum ersten Mal, dass die sozialistische Staatengemeinschaft nicht mehr funktionierte. Der Sozialismus in Europa mit seinem Kernland Sowjetunion befand sich in einer tiefen Existenzkrise. Darin sah die DDR eine Gefahr nicht nur für den europäischen Kontinent. Die Bipolarität der Welt war zusammen mit dem militär-strategischen Gleichgewicht so etwas wie ein Regulator der Friedenssicherung. Jede Seite wusste von der anderen, dass sie sich in ein Kriegsabenteuer nur bei Strafe des eigenen Untergangs einlassen kann.

Die Staatsoberhäupter bewegte damals die Frage: Wie steht es um den Kalten Krieg? Ist er zu Ende? Die ungarische Führung meinte: „Ja.“ Gorbatschow hielt zu diesem Zeitpunkt noch dagegen. Am Vortag, dem 6. Juli 1989, war er Gast des Europarates. Vor der Parlamentarischen Versammlung hatte er beklagt, dass die Einmischung der NATO in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder den Kalten Krieg neu belebt. „Die Schwierigkeit bestehe darin“, sagte er, „dass der Westen die Überwindung der Spal-

---

tung Europas als Überwindung des Sozialismus versteht.“<sup>10</sup> Er antwortete damit dem amerikanischen Präsidenten George Bush. Dieser hatte Ende Mai auf dem NATO-Gipfel in Brüssel gefordert, die Sowjetunion in die „Wertegemeinschaft des Westens“ zu holen. Gorbatschow sah dies als verbalen Angriff der NATO auf sein Land. Für ihn waren die Beschlüsse der NATO-Ratstagung Ausdruck einer neuen Konfrontation. Er warnte davor, dass „eine Destabilisierung in Osteuropa unvorstellbare gefährliche Folgen für den ganzen Kontinent in sich birgt.“<sup>11</sup>

Nur wenige Tage danach startet US-Präsident George Bush einen politischen Generalangriff auf Gorbatschows Politik. Er besuchte Warschau und Budapest, um dort für Reformen im Sinne des Westens zu werben. In Budapest machte er deutlich: Es wird keine Kombination von „östlicher Macht“ und „westlicher Technologie“ geben. Der amerikanische Präsident ließ keinen Zweifel daran, dass die USA Ungarn nur dann wirtschaftlich und finanziell helfen würden, wenn das politische System des Landes grundlegend im Sinne der USA verändert wird. Der ungarische Ministerpräsident Nemeth übergab an Bush symbolisch ein Stück des ab 2. Mai 1989 abgebauten ungarischen Grenzzauns zu Österreich. Dabei legte er Wert auf die Feststellung, dass alle „ physischen und geistigen Trennmauern beseitigt werden“.

Mit diesem Ziel im Gepäck flog er zusammen mit Außenminister Gyula Horn am 25. August 1989 in geheimer Mission nach Bonn. Ohne den Bündnispartner DDR vorher zu informieren, teilten sie dem Bundeskanzler mit: „Ungarn hat sich entschlossen, den DDR-Bürgern die freie Ausreise zu erlauben.“<sup>12</sup> Die Bundesregierung gewährte Ungarn dafür einen „Kredit“ von über 500 Millionen DM.

Zu dieser Zeit wird im Westen das Bukarester Dokument falsch interpretiert. Suggestiert wird, die Sowjetunion habe die „Breschnew-

---

10 M. S. Gorbatschow vor dem Europarat am 6. Juli 1989, Neues Deutschland vom 7. Juli 1989.

11 Rede Gorbatschows auf der Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages am 7. Juli 1989.

12 Honecker wurde darüber noch am gleichen Tage aus einer Quelle, die die DDR im Bundeskanzleramt hatte, informiert.

Doktrin“ der begrenzten Souveränität der Mitgliedsstaaten aufgeben und eine Gorbatschow-Doktrin der „Freiheit der Wahl“ verkündet. Die Medien bezogen sich dabei auf die Formulierung, nach der die Beziehungen der Warschauer Vertragsstaaten „auf der Grundlage der Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechtes eines jeden Einzelnen, selbstständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen auszuarbeiten“<sup>13</sup> entwickeln zu können. Das war allerdings nichts Neues. So etwas hatten fast alle Vorgänger Gorbatschows auch gesagt. Breschnew zum Beispiel hatte 1968 formuliert, die Aufgabe bestehe darin, „die Prinzipien der Gleichberechtigung aller Länder des Sozialismus, ihre Souveränität und Unabhängigkeit sowie die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten konsequent zu wahren.“<sup>14</sup> Was sollten sowjetische Spitzenpolitiker auch anders sagen? Etwa den Vorwurf des Westens bestätigen, dass die Verbündeten sowjetische Satelliten seien?

Nein, in Bukarest wurde in dieser Beziehung überhaupt nichts aufgehoben, sondern Bekanntes lediglich bestätigt. Gorbatschow hat nie behauptet, jedes Land könne nach Belieben aus dem Warschauer Vertrag oder dem RGW austreten. Am 13. März 1985, er war gerade zwei Tage Generalsekretär des ZK der KPdSU, hatte er seine osteuropäischen Kollegen in den Kreml eingeladen. Ich begleitete Honecker. Gorbatschows Hauptsorge galt der Verlängerung des Warschauer Vertrages.<sup>15</sup> Die grundlegenden Bedenken, die damals der rumänische Staatschef zur Verlängerung des Vertrages vortrug, wurden von Gorbatschow ohne Bedenken vom Tisch gewischt.

Wenn es tatsächlich eine Doktrin der „völligen Entscheidungsfreiheit“ der sowjetischen Bündnispartner gegeben haben sollte, dann wurde sie vor der DDR-Führung geheim gehalten. Der politischen und militärischen Führung der DDR wurde sie jedenfalls nie mitgeteilt. Sowjetische Militärs sind der DDR gegenüber auch 1989 von

---

13 Vergleiche: Mitteilung über die Beratung der Staaten des Warschauer Vertrages am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest.

14 Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien; Moskau 1969, Dietz Verlag Berlin.

15 Niederschrift „Treffen der Führer der Staaten des Warschauer Vertrages“ am 13. März 1985 in Moskau, im Archiv des Autors.

gemeinsamen politischen Interessen ausgegangen. Zudem existierte ein Beistandspakt zwischen der UdSSR und der DDR, der nie gekündigt worden war. Selbst wenn die UdSSR bereit gewesen sein sollte, Bulgarien, die ČSSR, Polen, Ungarn und Rumänien in die volle Souveränität zu entlassen, so war das bei der DDR anders. Die DDR war für die Sowjetunion immer ein Sonderfall. Jede sowjetische Führung berücksichtigte zu Recht, dass die Sowjetunion bei der Befreiung Deutschlands vom Faschismus die Hauptlast getragen hatte. Anschaulich zeigt das auch folgender Vorgang: Ende Juni 1989 nahm ich eine Mitteilung der sowjetischen Führung entgegen, die an Erich Honecker gerichtet war. Ein Exemplar war in Deutsch. Eins in Russisch. Moskau teilte uns darin mit:

„Die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ist in Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte umbenannt worden. Der Status dieser Truppen, wie er im Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955 und in den anderen bilateralen Vereinbarungen bestimmt wird, sowie die Rechte und Verantwortung, die sich aus den in der Kriegs- bzw. Nachkriegszeit erzielten und die gültigen Vereinbarungen und Beschlüssen der UdSSR, der USA, Großbritannien und Frankreich ergeben, bleiben unverändert.“<sup>16</sup>

Die Sowjetunion dachte nicht daran, ihre Rechte für Deutschland aus der Nachkriegszeit aufzugeben. Mir war das plausibel. Die Westalliierten gaben ja ihre Rechte in der Bundesrepublik auch nicht auf. Die sowjetische Entscheidung über die Westgruppe ihrer Streitkräfte ist aber alles andere als eine „Doktrin für die Freiheit der DDR“.

Der Gipfel von Bukarest war kaum vorbei, spitzte sich die Situation in der DDR in bisher nie gekannter Form zu. Im Sommer, als Schulferien waren, begann ein Urlauberansturm auf Ungarn. Ungarn war das beliebteste Reiseziel der DDR-Bürger und seit Jahren ein geeigneter Treff für Familien aus der DDR und der BRD. Nun kam die Zeit, als sich die bundesdeutsche Botschaft in Budapest mit DDR-Bürgern zu füllen begann. Am 19. August hatte der „Thronfolger

---

16 Handschriftliche Abschrift vom Original im Archiv des Autors.

der Österreichisch - Ungarischen Monarchie“, Otto von Habsburg, an der österreichisch-ungarischen Grenze ein sogenanntes „Friedens-Picknick“ veranstaltet. Hunderte kamen und durchbrachen auf ungarischer Seite den Grenzzaun ohne auf Widerstand von Seiten der Grenzschrützer zu stoßen. Am 10. September ließ dann die ungarische Regierung verlauten, dass ab Mitternacht auch für DDR-Bürger die Grenzen nach Österreich geöffnet würden. Damit hatte die Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag ihr erstes Loch.

Als DDR-Bürger später auch in der CSSR in die bundesdeutsche Botschaft flüchteten, ließ die DDR-Führung unter Erich Honecker zynisch erklären, man weine denen, die uns verlassen hätten, keine Träne nach. DDR-Bürger antworteten darauf mit Protesten unter der Losung „Wir bleiben hier“ und wenig später auch mit dem Slogan „Wir sind das Volk“. Das waren keine Forderungen für die Abschaffung der DDR oder für die deutsche Einheit. Es ging um innere Reformen in der DDR. Die politische Führung unter Erich Honecker reagierte darauf nicht. Schnell kam dafür die Bezeichnung „Sprachlosigkeit“ auf. Diese hat die innere Lage der DDR dramatisch zugespitzt.

In dieser Zeit traf ein Brief des sowjetischen Außenministers an seinen DDR-Kollegen Oskar Fischer ein. Datiert ist er vom 1. September 1989. Interessant die Wortwahl Schewardnadses. Er nennt die Botschaftsbesetzungen von DDR-Bürgern „Exzesse der letzten Zeit, die durch Versuche einer nicht geringen Zahl von DDR-Bürgern, illegal in die BRD zu gelangen, hervorgerufen wurden.“<sup>17</sup> Als Quelle für dieses Verhalten nennt Schewardnadse die „Ansprüche der BRD auf das Obhutsrecht für alle Deutschen“. Dies könne, so der sowjetische Politiker, zu jedem Zeitpunkt „in Gang gesetzt werden, um erneut Spannungen und Konflikte in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu erzeugen.“<sup>18</sup> Schewardnadse empfiehlt, „die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf das Problem der Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR seitens der BRD

---

17 Deutsche Übersetzung des Briefes von E. Schewardnadse, Moskau, 1. September 1989 im Archiv des Autors.

18 Ebenda

und auf die Folgen dieser Nichtanerkennung zu lenken.“<sup>19</sup> Er erwähnt, „ dass die Beschlüsse der KSZE über Freizügigkeit kaum auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD anwendbar sind, da wegen der Haltung letzterer zur Staatsbürgerschaft die völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit beider Länder in dieser Frage fehlen.“ Schließlich meinte er, wenn die DDR androhen würde, „die Zahl der Übersiedler in diesem und nächsten Jahr spürbar zu verringern“, könnte dies im Vorfeld zu den Bundestagswahlen die Bonner Regierung zum Nachdenken über diese Frage veranlassen“.<sup>20</sup>

Diese Leitsätze waren durchaus richtig. Allerdings wusste auch die sowjetische Seite, dass die alte BRD über Jahrzehnte hinweg alle Zugeständnisse der DDR zum Reise- und Besucherverkehr zwischen beiden deutschen Staaten dadurch torpediert hatte, dass sie nicht bereit war, die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren. Im Herbst 1989 waren wir schon längst nicht mehr Herr der Situation, um darauf angemessen reagieren zu können. Die Bedingungen wurden der DDR nun schon von Bonn aus diktiert. In der Konsequenz verleitete Schewardnadses Brief Erich Honecker zu der Fehlentscheidung, im Interesse der Wahrung der Hoheitsrechte der DDR die Züge, die die Botschaftsbesetzer aus Prag in die Bundesrepublik bringen sollten, über das Hoheitsgebiet der DDR fahren zu lassen. So kam es in Dresden zu ernsthaften Auseinandersetzungen der Staatsmacht mit Menschen, die mit den Zügen mitfahren wollten.

Ab Anfang Oktober gab es dann auch offene Auseinandersetzungen in der DDR-Führung. Ich hatte zusammen mit weiteren DDR-Politikern die Initiative zur Absetzung Honeckers ergriffen. Am 18. Oktober 1989 wurde ich zum SED-Generalsekretär und am 24. Oktober zum Staatsoberhaupt der DDR gewählt. Ich sprach damals von einer „Wende“, die erreicht werden müsse. Ich verstand darunter eine Erneuerung der DDR nach dem Beispiel der „Perestroika“ in der Sowjetunion. Mir war noch nicht klar, dass Gorbatschow mit dieser Politik schon im eigenen Land gescheitert war. Er sagte mir

---

19 Ebenda

20 Ebenda

damals, sein Ausspruch, wer zu spät komme, den bestrafe das Leben, sei nicht auf die DDR, sondern auf ihn selbst gemünzt gewesen. Auch er sei mit seinen Reformvorstellungen viel zu spät gekommen.

Als ich meine Funktionen übernahm, habe ich öffentlich versprochen, dass das Reisen von DDR- Bürger auch ins westliche Ausland gesetzlich geregelt wird. Freies Reisen stand an der Spitze der Forderungen der Bürger an ihren Staat. Der Vorschlag der neuen DDR-Führung sah vor, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der öffentlich diskutiert und noch vor Weihnachten im Parlament, der Volkskammer, beschlossen werden sollte. Jeder DDR-Bürger sollte einen Reisepass erhalten und reisen können, wann und wohin er wollte. Mich bedrückte allerdings die Frage: Wer soll das bezahlen? Unsere Währung war – wie ich bereits erwähnte – nicht konvertierbar. Die Bundesrepublik berechnete jeden gefahrenen Kilometer eines DDR-Bürgers mit der Bundesbahn in Devisen. Wir gingen von 12 bis 13 Millionen Reisenden aus. Dafür hätte eine Summe von 3 bis 4 Milliarden DM zur Verfügung stehen müssen. Unsere Valutasituation ließ große Sprünge nicht zu. Wir konnten den Reisenden kaum zusätzliche Devisen umtauschen. Die Bundesregierung hat unsere Vorschläge für einen gemeinsamen Reisefonds, in den beide Staaten eingezahlt hätten, abgelehnt.

### **3. Gespräch mit Gorbatschow**

Ein wichtiges Datum auf dem Wege zum 9. November 1989 waren meine Gespräche mit Gorbatschow am 1. November in Moskau. Dabei fragte ich ihn: „Michael Sergejewitsch, welchen Platz räumt die Sowjetunion beiden deutschen Staaten im gesamteuropäischen Haus ein? Im Westen gibt es Spekulationen, dass im Europäischen Haus für die DDR kein Platz mehr ist.“ Gorbatschow macht auf mich den Eindruck, als habe er meine Frage nicht verstanden. Ich ergänze daher: Die DDR entstand nach dem Zweiten Weltkrieg und im Ergebnis des Kalten Krieges. Sie ist also auch ein Kind der Sowjetunion. Es ist für mich wichtig zu wissen, ob ihr zu eurer Vater-schaft steht?“ Ich wollte aus erster Hand erfahren, was die Sowjetunion mit der DDR vorhat.



Gorbatschow reagiert überrascht: „Wo denkst du hin?“ fragte er und informiert darüber, dass seine Genossen kürzlich mit Zbigniew Brzezinski gesprochen hätten. Sie hätten ihn gefragt, „ob sich die USA eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könnten“. Brzezinski habe geantwortet, „für ihn wäre das der Zusammenbruch“. Als ahne Gorbatschow mein Misstrauen, sagt er:

„Ich begrüße, dass du die Frage nach der Existenz der beiden deutschen Staaten aufgeworfen hast. Auch in meinen jüngsten Gesprächen mit Margaret Thatcher, François Mitterrand, aber auch mit Jaruzelski und Andreotti ist klar geworden, dass sie von den Realitäten der Nachkriegszeit, einschließlich der Existenz zweier deutscher Staaten, ausgehen.

Die Fragestellung nach der Einheit Deutschlands werde von allen als äußerst explosiv betrachtet. Sie wollen auch nicht, dass der Warschauer Vertrag und die NATO aufgelöst werden. Sie sind für ein Verbleiben Polens und Ungarns im Warschauer Vertrag. Das Gleichgewicht in Europa dürfe nicht gestört werden, weil niemand weiß, welche Folgen das hat. Auch die USA beziehen bisher eine ähnliche Haltung.“ Gorbatschow schlussfolgert daraus: „Nach meiner Meinung besteht die beste Politik darin, die bisherige Linie der sozialistischen Länder in der deutschen Frage weiterzuführen.“ „Die DDR“, so Gorbatschow, „muss bei ihren Beziehungen zur BRD drauf achten, nicht in die Umarmung dieses Staates zu geraten. Es gibt keinen Grund, Vermutungen anzustellen, wie sich die deutsche Frage einmal lösen wird. Die Einheit Deutschlands steht nicht auf der Tagesordnung der aktuellen Politik. Darüber hat sich die Sowjetunion mit ihren früheren Partnern aus der Zeit der Anti-Hitler-Koalition geeinigt. Genosse Krenz, übermittle dies bitte den Genossen des SED-Politbüros“, fasste Gorbatschow seinen Standpunkt zusammen. Es sei an der Zeit, so Gorbatschow weiter, auf Kanzler Kohl stärkeren Druck auszuüben. Er habe auf das Pferd des Nationalismus gesetzt. In der BRD würde mit diesem Thema wild spekuliert.“

**Das, meine Damen und Herren, ich unterstreiche es, war noch am 1. November 1989!** Wenn man die Ereignisse danach überblickt, ist kaum nachvollziehbar, wie schnell sich Gorbatschows Meinung ge-

ändert hat. Damals wusste ich allerdings auch noch nicht, dass Gorbatschows Mitarbeiter bereits hinter dem Rücken der DDR Kontakte zum Bundeskanzleramt aufgenommen hatten, um zu erkunden, was die Bundesrepublik bereit wäre für eine mögliche deutsche Einheit zu zahlen.

Nach meinem Gespräch mit Gorbatschow erhielt ich bei einem Mittagessen im Kreml vom Chef des KGB, Kruschkow, eine Mitteilung, die im Zusammenhang mit dem 9. November eine große Bedeutung haben wird. Er sagte mir: „Wir haben Informationen, dass Extremisten versuchen könnten, die geplante Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin zu nutzen, um das Brandenburger Tor zu stürmen“. Ähnliches hörte ich sowohl von den polnischen Sicherheitsorganen und auch vom Ministerium für Staatsicherheit der DDR. Mir war nicht klar, ob es sich um ein Gerücht oder um eine aufgeklärte wirkliche Absicht handelte. Um keinerlei Risiko einzugehen, arbeitete der Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Generaloberst Streletz, in meinem Auftrag einen Befehl aus, in dem es wörtlich heißt: „Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.“<sup>21</sup> Dieser Befehl galt auch bei möglichen Demonstrationen im Grenzgebiet. Auch am 9. November 1989.

In seinem Buch „Der Weg zur Einheit“ schreibt Altbundespräsident von Weizsäcker: „Trotz ausdrücklicher Anforderung durch die Sicherheitskräfte der DDR blieben sowjetische Streitkräfte auf Befehl aus Moskau in ihren Quartieren.“ Das ist so nicht wahr. Wenn die DDR-Führung hätte wirklich Gewalt anwenden wollen, hätte sie dazu keine sowjetischen Streitkräfte anfordern müssen. Die eigenen Schutz- und Sicherheitskräfte hätten ausgereicht. Belegt ist zudem: Niemand aus der DDR - Führung oder den Sicherheitsorganen hat im Herbst 89 sowjetische Truppen angefordert. Ein Befehl aus Moskau, dass sowjetische Truppen in ihren Quartieren bleiben sollten, ist nirgendwo dokumentiert. Auch der Oberkommandierende der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Lushew, und

---

21 Befehl Nr. 11/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Egon Krenz, vom 3. November 1989.

der Chef der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Snetkow, mit denen ich in dieser Zeit engste persönliche Kontakte hatte, haben mir gesagt, einen solchen Befehl nie erhalten zu haben. Versichert haben sie aber, die Bündnisverpflichtungen gegenüber der DDR einzuhalten. Ein äußerst kompetenter Zeitzeuge war der sowjetische Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow. Er gab 1997 zu Protokoll: „ In der dramatischen Phase haben unsere Generäle im Oktober und November 1989 einen militärischen Einsatz erwogen und angeboten.“<sup>22</sup> Glücklicherweise hatten weder die sowjetischen Bündnispartner noch wir eine gewaltsame Lösung geplant.

#### **4. Der 9. November 1989**

Über den 9. November 1989 gibt es unzählige Legenden. Anders ausgedrückt: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Der inzwischen legändere Versprecher von Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer internationalen Pressekonferenz wird in den Medien genüsslich ausgenutzt, um der DDR-Führung ihre vermeintliche Unfähigkeit zu attestieren.

Die Geschichte ist bekanntlich nie alternativlos. Auch an diesem Abend nicht. Die unvernünftige Alternative zu der Art der Grenzöffnung wie sie stattgefunden hat, wäre eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung gewesen, die niemand hätte verantworten können.

Mir war damals sehr wohl bewusst, dass die von uns beabsichtigte Wende in der DDR ohne Öffnung in Richtung Westen unmöglich gewesen wäre. Darüber hatte ich am 1. November auch mit Gorbatschow gesprochen. Zudem war der Druck der Bevölkerung enorm. Es rächte sich jetzt, dass es eine nachprüfbar gesetzliche Regelung über das Reisen in Richtung Westen jahrelang nicht gegeben hatte. Zwar hatte dies auch damit zu tun, dass die Bundesrepublik die Staatsbürgerschaft der DDR nicht respektieren wollte. Doch diese juristischen Fragen interessierten im November 89 kaum noch. Die Leute wollten endlich auch in den Westen reisen können.

---

<sup>22</sup> Vergleiche DER SPIEGEL 36/1997, Seite 46.

Ihre Geduld war zu Ende. Wohl auch deshalb protestierten viele gegen einen Gesetzentwurf, den wir am 6. November zur öffentlichen Diskussion unterbreitet hatten, und der vor zwei/drei Monaten noch als Fortschritt gegolten hätte. Die Ablehnung der Diskussionsgrundlage führte dazu, dass wir uns in der DDR-Führung einigten, dass eine Regierungsverordnung Übergangsregelungen schafft, die bis zum Beschluss eines Reisegesetz durch die Volkskammer noch vor Weihnachten gelten sollten.

Diese Regierungsverordnung verlas ich auf einer Sitzung des SED-Zentralkomitees am Nachmittag des 9. November zusammen mit dem Entwurf einer Pressemitteilung, die am 10. November in den Printmedien veröffentlicht werden sollte<sup>23</sup>. Beide Dokumente übergab ich Schabowski, der auf einer internationalen Pressekonferenz darüber informieren sollte. Jenen „berühmten Zettel“ also, dessen Urheberschaft manche dem KGB, der CIA, dem MfS oder auch dem BND andichten, diesen „Zettel“ hatte Schabowski von niemand anderem als von mir. Allerdings mit der Maßgabe, den Beschluss auf der internationalen Pressekonferenz vorzustellen. Statt ihn zu erläutern, antwortete er erst kurz vor Ende der Pressekonferenz auf die Frage eines Journalisten nach dem Zeitpunkt der Grenzöffnung ziemlich verwirrt: „Wenn ich richtig informiert bin, nach meiner Kenntnis unverzüglich.“<sup>24</sup> Korrekt wäre gewesen „Ab morgen“ oder „Ab 10. November.“

Das Gefährliche dieses Irrtums bestand darin, dass die Grenztruppen zu diesem Zeitpunkt noch keine Befehle zur Öffnung haben konnten. Hinzu kommt, dass sich alle Mitglieder der DDR-Führung auf einer Tagung des SED-Zentralkomitees befanden, nicht wuss-

---

23 Es gehörte zur Praxis des SED-Politbüros, bei wichtigen Beschlüssen gleichzeitig die entsprechenden Pressemitteilungen zu beschließen. Sie wurden in der Regel abends im Fernsehen und am darauffolgenden Tag in den Printmedien veröffentlicht. In der von mir am Nachmittag des 9. November 1989 vor dem ZK verlesenen Pressemitteilung, die am 10. November in der Presse veröffentlicht werden sollte, steht, dass die Reiseregulung „ab sofort“, das bedeutet ab 10. November, in Kraft tritt.

24 Zu diesem Zeitpunkt nehmen alle Mitglieder und Kandidaten des ZK noch an der Tagung des Zentralkomitees teil. Die Übertragung der Pressekonferenz hat niemand von uns gesehen. Was Schabowski tatsächlich gesagt hat, erfahren wir erst Stunden später.

ten, was Schabowski auf der Pressekonferenz gesagt hatte und folglich selbst nicht aktiv werden konnten.

Tausende Berlinerinnen und Berliner machen sich nun aber auf den Weg zur Grenze. Nicht, um die „Mauer niederzureißen“, sondern auf Einladung eines Politbüromitgliedes. Die angestaute Reiselust, die so viele Jahre lang kein Tor gefunden hatte, entlädt sich noch in dieser Nacht. Wie aus den Medien zu erfahren ist, machte sich auch die heutige deutsche Regierungschefin, Bundeskanzlerin Merkel, aus der Sauna kommend, auf den Weg zur Grenze. Sie habe dabei durchaus nicht den Eindruck gehabt, dass dies der Fall der Mauer gewesen sei. Viele, die damals dabei waren, sprechen auch jetzt noch nicht von einem „Sturm auf die Mauer“, sondern eher von einem großen „Ost-West-Volksfest“. Soziale Spannungen haben damals kaum eine Rolle gespielt.

Kurz vor 21.00 Uhr rief mich Staatsicherheitsminister Erich Mielke an. Er informierte, was nach der Pressekonferenz passiert war. „Wenn wir nicht sofort entscheiden, was zu tun ist, dann verlieren wir die Kontrolle“, sagte er.

Ich konnte in diesem Augenblick meine Nervosität nur schwer verbergen. In meinem Büro waren noch meine Weggefährten Siegfried Lorenz und Wolfgang Herger. Alle anderen Verantwortlichen waren auf dem Wege vom Gebäude des SED-Zentralkomitees in ihre Büros. Wir befanden uns in einer gefährvollen Situation. Auch nur eine falsche Entscheidung hätte Blutvergießen bedeuten können. Mein Entscheidungsspielraum ist in diesen Minuten war äußerst eng. Praktisch ging es um die Frage: Lassen wir den Dingen freien Lauf oder setzen wir die bewaffnete Macht zur Sicherung der Staatsgrenze ein? Letzteres wäre ein Spiel mit dem Feuer gewesen.

Aber auch eine spontane Grenzöffnung - ohne Befehle für die Sicherheitsorgane - barg Risiken in sich. Ich hatte Sorge, es könne Panik ausbrechen. Mich bewegte: Was, wenn es in dieser Nacht auch nur einen Toten gibt? Ich dachte nicht einmal daran, dass geschossen werden könnte. Es gab ja meinen Befehl vom 3. November 1989, der die Anwendung der Schusswaffe verbot. Was aber, wenn irgendjemand - von welcher Seite auch immer - provoziert? Ange-

kündigt waren Provokationen oft genug. Was, wenn Panik einsetzt und sich Menschen tottrampeln?

Wir wollten auch an diesem Abend bei unserem Grundsatz bleiben: Es darf keine Gewalt geben. Die Hauptlast der ungewöhnlichen Situation lag auf den Schultern der Grenztruppen der DDR, der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatsicherheit. Sie bewiesen, dass sie den Grundsatz verinnerlicht hatten: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Und dort, wo die mündlichen Befehle nicht rechtzeitig angekommen waren, haben sie nach ihrem Gewissen richtig entschieden.

Die Ernsthaftigkeit unserer Absicht zur Öffnung zeigen auch folgende Fakten: Innerhalb kurzer Zeit wurden in Berlin und entlang der Grenze 50 Grenzübergangsstellen geschaffen. Das kostet die DDR zwischen 700 und 800 Millionen Mark. Wir beschlossen ferner, auch das Grenzregime an der gesamten Westgrenze zu verändern. Die Sperrzone wurde aufgehoben. Zu den schon bestehenden 20 Grenzübergangsstellen wurden 139 neue geschaffen.<sup>25</sup>

Auch das zeigt, wie unsinnig die Behauptung mancher Leute ist, die Grenzöffnung sei ein Versehen gewesen und es habe die Absicht gegeben, die Grenze wieder zu schließen.

Am Morgen des 10. November gab es auch beunruhigende Nachrichten. Westberliner versuchen, vom Brandenburger Tor aus über die Mauer auf das Territorium der DDR zu gelangen. Zeitweilig waren über 1000 Menschen auf der Mauer westlich am Brandenburger Tor. Einige sprangen ins DDR-Grenzgebiet. Wenn es Sinn macht, von gefährlich die höchste Steigerungsform zu bilden, dann war die Situation am Brandenburger Tor die bisher gefährlichste. Sie hätte jederzeit militärische Eingriffe auslösen können. Ich wollte mir damals nicht vorstellen, was hätte passieren könnte, wenn ein gewaltsamer Mauerdurchbruch von Westberlin aus organisiert worden wäre.

---

25 Fernschreiben von Egon Krenz an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED von Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Suhl, Gera, Karl-Marx-Stadt, im Archiv des Autors.

Auch international gab es Erregung. Die Alliierten fühlen sich brüskiert. Die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs wandten sich an das DDR-Außenministerium. Sie wollen genaue Auskunft, was in der Nacht passiert war und warum sie nicht gefragt worden waren. Die sowjetische Seite machte uns am Morgen des 10. November den Vorwurf, die DDR sei wegen des Vier-Mächtestatus von Berlin nicht berechtigt gewesen, die Grenze zu Westberlin zu öffnen<sup>26</sup>. Auch die Militärverbindungsmissionen der drei Westmächte waren irritiert. Deshalb wandte sich der Chef des Stabes der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, Generalleutnant Fursin, an das Oberkommando der USA-Landstreitkräfte Europa sowie das Oberkommando der britischen und der französischen Streitkräfte in Deutschland. Er forderte sie auf, „sich aus den Ereignissen herauszuhalten“<sup>27</sup> Der Chef der US-amerikanischen Mission erklärte, dass „das USA-Oberkommando Einwände erheben würde, falls Armeeinghörige der NVA der DDR Berlin (West) besuchen sollten“<sup>28</sup>.

Nachdem die DDR Gorbatschow in einem Staatstelegramm über Einzelheiten der Grenzöffnung informiert hatte, teilte der sowjetische Botschafter in Berlin mit: „Im Namen von Michail Gorbatschow, im Namen der sowjetischen Führung beglückwünsche ich die deutschen Freunde zu ihrem mutigen Schritt, die Berliner Mauer geöffnet zu haben.“<sup>29</sup>

Heutzutage wird in den Medien nur noch gemeldet, am 9. November sei die Mauer gefallen, so als habe der Heilige Geist sie zerstört oder sie sei einfach zusammengefallen. Welche Anstrengungen die DDR unternehmen musste, dass alles friedlich verlief, wird kaum noch berichtet. Es passt nicht in das verordnete Geschichtsbild vom „DDR-Unrechtsstaat“.

---

26 Telefongespräch zwischen Egon Krenz und UdSSR-Botschafter Kotschemassow am Morgen des 10. November 1989.

27 Siehe Fernschreiben des Chefs des Stabes der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR vom 12.11.1989 an Generaloberst Fritz Streletz.

28 Ebenda

29 Telefongespräch mit Botschafter Kotschemassow am Vormittag des 10. November 1989.

## 5. Reaktionen in Ost und West

Besser als jede nachträgliche Bewertung der Ereignisse ist ein Vergleich zwischen dem, was damals gesagt und getan wurde, mit dem, was heute darüber berichtet wird. Zwar wird in der Geschichtsschreibung erwähnt, dass Gorbatschow am 10. November 1989 eine mündliche Botschaft an Helmut Kohl gerichtet hatte. Doch mehr nicht. Würde man dies nämlich tun, würde klar werden, dass am 9. November 1989 von einem „Mauerfall“ noch keine Rede sein konnte. „Mauerfall“ und „Sturm auf die Mauer“ sind mehr ideologische Begriffe im Nachhinein.

Nach meinen Recherchen ist der volle Text der Gorbatschow-Botschaft an Kohl nirgendwo publiziert. Hier gebe ich ihn hier im Wortlaut wieder:

- „Wie Ihnen natürlich bekannt ist, hat die Führung der DDR einen Beschluss gefasst, der den Bürgern dieses Landes die Möglichkeit der freien Ausreise über die Grenzen zur BRD und Berlin (West) ermöglicht. Es ist verständlich, dass dieser Beschluss der neuen Führung der DDR durchaus nicht leicht gefallen ist. Zugleich bestätigt er aufs Neue, dass gegenwärtig in der DDR tiefe und bedeutende Veränderungen vor sich gehen. Die Führung der Republik handelt zielstrebig und dynamisch im Interesse des Volkes, sie entfaltet einen breiten Dialog mit verschiedenen Gruppen und Schichten der Gesellschaft. Erklärungen aus der BRD, die vor diesem politischen und psychologischen Hintergrund abgegeben werden, die unter Losungen der Unversöhnlichkeit gegenüber der realen Existenz zweier deutscher Staaten Emotionen und Leidenschaften anheizen sollen, können kein anderes Ziel verfolgen, als die Lage in der DDR zu destabilisieren und die sich dort entwickelnden Prozesse der Demokratisierung und Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu untergraben. Wir haben die Mitteilung erhalten, dass heute in Berlin (West) ein Meeting stattfinden wird, an dem offizielle Vertreter aus der BRD und Berlin (West) teilnehmen werden. Zur gleichen Zeit ist auch ein Meeting in der Hauptstadt der DDR geplant. Bei den gegenwärtig faktisch offenen Grenzen und den



gewaltigen Menschenströmen in beiden Richtungen kann eine chaotische Situation mit unübersehbaren Folgen entstehen. Angesichts der Kürze der Zeit und der zugespitzten Situation habe ich es für notwendig erachtet, Sie im Geiste der Offenheit und des Realismus zu ersuchen, Ihrerseits die notwendigen und äußerst dringlichen Maßnahmen zu treffen, damit eine Komplizierung und Destabilisierung der Situation nicht zugelassen wird.“<sup>30</sup>

- In Botschaften an US-Präsident Bush, an Frankreichs Präsident Mitterrand und an die britische Premierministerin Margaret Thatcher<sup>31</sup> informiert Gorbatschow über seine Warnung an Kohl.

Zugleich bat er die Repräsentanten der drei Westmächte, ihren Vertretern in Westberlin Weisungen zu erteilen, „damit die Ereignisse nicht einen Verlauf nehmen, der nicht wünschenswert wäre...

Wenn aber in der BRD Erklärungen laut werden, die auf ein Anheizen der Emotionen im Geiste der Unversöhnlichkeit gegenüber den Nachkriegsrealitäten, d.h. der Existenz zweiter deutscher Staaten, abzielen, dann können solche Erscheinungen des politischen Extremismus nicht anders eingeschätzt werden denn als Versuche, die sich jetzt in der DDR dynamisch entwickelnden Prozesse der Demokratisierung und Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu untergraben. Mit Blick auf die Zukunft kann dies eine Destabilisierung der Lage nicht nur im Zentrum Europas, sondern auch darüber hinaus nach sich ziehen.“<sup>32</sup>

Der amerikanische Botschafter in der DDR informiert mich, dass Präsident Bush zunächst nicht glauben wollte, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet hatte. Er überbrachte mir ein Staatstelegramm des US-Präsidenten. Darin heißt es:

---

30 Mündliche Botschaft von Michail Gorbatschow an Helmut Kohl vom 10. November 1989, Text im Archiv des Autors.

31 Text der Botschaft im Archiv des Autors.

32 Mündliche Botschaft Michail Gorbatschows an Präsident François Mitterrand, Premierministerin Margaret Thatcher und Präsident George Bush, Text im Archiv des Autors.

- „ Sie haben Ihre Pflichten als Vorsitzender des Staatsrates zu einer Zeit übernommen, die äußerst bedeutsam für Ihr Land, für Europa und für den künftigen Gang der Ost-West-Beziehungen ist. Die Vereinigten Staaten begrüßen Ihre Entscheidung, die Grenzen der DDR für ständig denen zu öffnen, die das Land in Richtung Westen verlassen oder lediglich dorthin reisen möchten. Diese Entscheidung wie auch die Bewegung in Richtung demokratischer Reformen wird den historischen Prozess der europäischen Aussöhnung beitragen“.<sup>33</sup>

Der Historiker Helmut Kohl war zur historischen Stunde nicht am Platz der historischen Ereignisse. Er befand sich auf einem Bankett in Warschau. Am 11. November kam es ab 10.13 Uhr zu einem Telefongespräch zwischen uns.<sup>34</sup>

- Der Bundeskanzler begrüßt die Öffnung der Grenzen. Sie sei angetan, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten weiterzuentwickeln. „Ich glaube“, sagt er, „wir stehen jetzt in einem ganz wichtigen Zeitabschnitt, ein Zeitabschnitt, in dem sehr viel Vernunft und gar keine Aufgeregtheit am Platze ist, sondern eine ruhige Gelassenheit, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.“ Auch er spricht nicht vom „Fall der Mauer“. Stattdessen sagt er: „Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, ... dass jede Form von Radikalisierung gefährlich ist. Wir werden uns nicht zu unterhalten brauchen, was für Gefahren das sein könnten. Das kann sich jeder leicht ausrechnen.... Und wenn noch irgendwas ist, Herr Krenz, um das klar zu sagen, das ist ja eine Situation, die leicht dramatisch werden könnte, dann greifen Sie zum Telefon und ich umgekehrt.“
- Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), hatte dem Bundeskanzler vorgeworfen, er habe nicht begriffen, was sich in der DDR abspiele. Die Menschen in der DDR interessieren nicht die Wiedervereinigung. Die neugewonnene Identität des DDR-Volkes möge Kohl zwar nicht passen, sie sei aber Real-

---

33 Staatstelegramm von George Bush im Archiv des Autors.

34 Wörtliche Niederschrift des Telefongesprächs im Archiv des Autors.

tät. Momper ist der Ansicht, ein Treffen von Kohl mit mir sei dringend erforderlich. Ähnlich äußert sich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ ist er überzeugt, dass die Mehrheit der DDR-Bürger einen Anschluss an die BRD nicht wünscht.

- Schließlich erhielt die DDR auch ein Signal aus dem Vatikan. Es lautete: „Wenn es der Stabilität der DDR und der Autorität des Staatsratsvorsitzenden dienlich wäre, gäbe es die Bereitschaft, einen Papstbesuch in der DDR zu organisieren.“<sup>35</sup> .

Zwischen den Originaltexten von damals und ihrer heutigen Interpretation liegen leider Welten. Die historischen Tatsachen müssen allzu oft ideologischen Interpretationen weichen.

Es heißt, 1989 sei der Kalte Krieg zu Ende gewesen. Ich halte das für einen Irrtum. Zu Ende war 1991 die System- und Blockkonfrontation in Europa, weil es die Sowjetunion und ihre Verbündeten nicht mehr gab. Nicht zu Ende waren die Ursachen, die zu Kriegen führen. Heiße Kriege wie beispielsweise der um Jugoslawien wären zur Zeit des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR undenkbar gewesen.

Bush sen. erklärte die USA zum Sieger des Kalten Krieges. Gorbatschow hielt dagegen, es gebe keinen Sieger, sondern alle seien Nutznießer. Inzwischen spricht er allerdings davon, dass die USA einen „Siegerkomplex“ hätten.

Jene, die noch immer nicht müde werden, die gefallenen Mauern von einst zu kriminalisieren, beobachten heutzutage geradezu mit Sympathie, dass die Trennlinie, die einst an Elbe und Werra sowie quer durch Berlin verlief, nunmehr an die russische Grenze verlegt wird. 1990 war der Preis der NATO für Gorbatschows Zustimmung zur deutschen Einheit das Versprechen, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt. Wie immer man zu Gorbatschow

---

35 Information des Beauftragten der Berliner Bischofkonferenz, Prälat Lange, an den Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR.

steht, ohne ihn wäre – wie es im westlichen Sprachgebrauch heißt – der “eiserne Vorhang” nicht gefallen.

Doch Gorbatschow hätte sich nicht im Schlaf vorstellen können, dass der “Lohn” für die Auflösung des Warschauer Vertrages die Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze sein würde.

Wohl auch daraus resultiert seine Verbitterung, wenn er als Reaktion auf die jüngste Rede Obamas vor der UNO, sagte: «Es gibt heute eine große Seuche - und das sind die USA und ihr Führungsanspruch»<sup>36</sup>. Obama hatte zuvor Russland vor den Vereinten Nationen als Gefahr angeprangert - in einem Atemzug mit der Seuche Ebola und dem Terrorismus.

Möge Ihre Generation vor solchen Auseinandersetzungen verschont bleiben. Vor allem wünsche ich Ihnen, dass Sie nur Frieden erleben, der in dieser Zeit leider sehr brüchig geworden ist.

V. i.S. d. P. -Arbeitskreis Frieden der GBM, Helga Hörning

---

36 Vergleiche: Gorbatschow, Frankfurter Rundschau, 6. Oktober 2014.